

Netzwerk





Einladung zur Vollversammlung
am **Mittwoch**,
den **01. Oktober 1997**
um **20.00 Uhr**
im Versammlungsraum des
Haus der Kulturen
(1.Etage)
Johannisstr. 13, Saarbrücken

Liebe Netzwerk-Mitglieder,

eine herbe Enttäuschung wird dieser Rundbrief für diejenigen, die ihn nach weiteren Comics absuchen werden, und dafür schulden wir eine Erklärung. Wie so oft kamen kurz vor Fertigstellung noch drei weitere Anträge ins Haus, die auf der Vollversammlung behandelt werden wollen und im Rundbrief unterzubringen waren. Da auch Netzwerk-Gremienmitglieder Urlaub machen, ist unsere derzeitige Personalausstattung darüber hinausgehend nicht in der Lage, mit der nötigen Sorgfalt (Ausgewogenheit, politische Korrektheit, Witz?) die unterhaltende Komponente im Rundbrief zu gestalten.

Wir bieten auf der Vollversammlung ebenfalls kein Diskussionsthema an, da wir der Meinung sind, daß die vorhandenen Anträge genügend Stoff für Auseinandersetzung bieten und wir vor Mitternacht die Veranstaltung beenden möchten.

Da unser gewohnter Treffpunkt im Kultur- und Werkhof für einen längeren Zeitraum vermietet ist, mußten wir uns kurzfristig nach Ersatz umsehen. Das „Haus der Kulturen“ in der Johannisstraße 13 in Saarbrücken (ganz in der Nähe des Werkhofes, von der Nauwieserstr. über die Cecilienstr. erreichbar) stellt uns freundlicherweise seinen Veranstaltungsraum zur Verfügung. Wir hoffen, daß Ihr zahlreich auch den Weg dorthin finden werdet.

Die Gremien



Tagesordnung:

1. Anträge
 - 1.1. Solidaritätskomitee Mumia Abu-Jamal
 - 1.2. Infoladengruppe Saarlouis
 - 1.3. Familien- und Nachbarschaftszentrum Neunkirchen
 - 1.4. Initiative Libertad!
 - 1.5. Solarbüro
 - 1.6. Solidaritätsverein der Völker
2. Verschiedenes

Inhalt:

Seite

Antrag Solidaritätskomitee Mumia Abu-Jamal	4
Antrag Infoladengruppe Saarlouis	5
Antrag Familien- und Nachbarschaftszentrum Neunkirchen	9
Antrag Initiative Libertad!	10
Antrag Solarbüro	13
Antrag Solidaritätsverein der Völker	14
Protokoll VV vom 23. April 1997	15



Antrag

Solidaritätskomitee Mumia Abu-Jamal

An Landwehrplatz 2
66111 Saarbrücken

Antrag auf Zuschuß

Liebe Netzwerkleute!

Wir brauchen das Geld für unser nächstes Projekt, die "Karawane für Mumia Abu-Jamal". Im Zusammenschluß mit anderen Gruppen aus dem Saarland, der Pfalz und Luxemburg wollen wir in den einzelnen Städten Informationstische und andere Aktivitäten (Konzert, Film etc.) durchführen. Die beteiligten Gruppen sind außer uns: Infoladen Trier, AKTION 3, WELT Saar, Komitee für internationale Solidarität, Antifa Jugend (beide Kaiserslautern), AJZ Homburg und De Schwarzen Drot aus Luxemburg. Stellvertretend für alle übernehmen wir die Antragstellung auf finanzielle Mittel.

Die Karawane kommt an 6 aufeinanderfolgenden Samstagen in den verschiedenen Orten an, d.h. die Leute aus den anderen Orten werden vom Bahnhof abgeholt, dort werden das Transpi, die Info-Kiste (siehe unten), die Stellwand etc. übergeben, dann gehen alle gemeinsam zu dem Platz wo der Infotisch stattfinden soll.

Die Info-Kiste soll eine Art feste Institution werden, d.h. daß sie an allen "Stationen" der Karawane vorhanden sein wird, daß sie auf der Pressekonferenz vorgestellt wird und daß sie außerdem anderen Gruppen und z.B. Schulklassen für Veranstaltungen etc. zur Verfügung gestellt wird. Inhalt der Kiste werden die beiden Bücher von Mumia sein, andere Bücher, in denen es über Schwarzen Widerstand in den USA geht, ein Fotoalbum und eine Diaserie mit Bildern von der Kampagne, der Film "Hinter diesen Mauern...", ein

Transparent, eine Kassette mit Musik und Infobeiträgen, ein Ordner mit Hintergrundmaterial, Plakate u.a..

Außerdem gibt es eine Stellwand mit Texten und Bildern.

Das genaue Konzept und die inhaltliche Bestimmung könnt ihr dem Flugblatt entnehmen.

Eigene "Einnahmen" wie z.B. durch den Verkauf der Infokassette, das Soli-Konzert in Homburg, Spenden etc. wollen wir dem Verteidigungsfond für Mumia zukommen lassen, da die Arbeit der Anwälte und die Prozeßkosten ausschließlich durch Spenden finanziert werden. (Eine Zeugenanhörung kostet z.B. 10.000\$).

Daher hoffen wir, die Karawane weitgehend durch Zuschüsse finanzieren zu können.

Bei der Stiftung Umverteilen! haben wir bereits einen Antrag über 2300 DM (Druckkosten, technische Ausrüstung, Fahrtkosten u.a.) gestellt, bisher aber noch keine Antwort bekommen.

Unsere Ausgaben:

Druck und Kopien: (Flugblätter, Plakate, Stellwand, Presseerklärungen etc.)	1000,-
Film:	300,-
Bücher:	150,-
Materialien (Kassette, Fotos, Dias, etc.):	500,-
Porto und Fax:	400,-
Fahrtkosten (Bundesweite Treffen etc.):	500,-
Summe	2850,-

Da es momentan noch keinen Termin für eine Netzwerk VV gibt, bitten wir um eine Zwischenfinanzierung als Darlehen über



den Feuerwehrfond. Es wäre gut, wenn wir die ganzen 2850,- DM als Darlehen bekommen könnten, da die von der Stiftung Umverteilen! gesagt haben, daß die Bearbeitung des Antrags 8-10 Wochen dauern kann. Anschließend können wir dann schauen, wieviel wir als Zuschuß benötigen.

Solidarische Grüße,

Solidaritätskomitee Mumia Abu-Jamal

P.S. Der Antrag von der Stiftung Umverteilen! wurde abgelehnt, da sie für '97 kein Geld mehr haben.

Gremienvotum

Wir weisen auf der Gremiensitzung am 20.8. darauf hin, daß sie schon mehrmals von Netzwerk gefördert wurden und nie darauf aufmerksam gemacht haben. Für die Zukunft verspricht der Antragsteller Besserung. Wir entschließen uns, ihnen ein Darlehen über 1.000 DM aus dem Feuerwehrfond zu genehmigen.

Wir sind auf der anschließenden Sitzung verärgert, daß auf den Plakaten wieder kein Hinweis auf Netzwerk stand. Deshalb lehnt das Gremium eine Umwandlung des Darlehns ab. Wir möchten das Geld aus dem Feuerwehrfond zurückbezahlt bekommen.

Antrag Infoladengruppe Saarlouis

c/o Verein für kommunikatives
Leben und Wohnen e.V.
Postfach 103 207
66032 Saarbrücken

Saarlouis, 4.8.1997

An NETZWERK Selbsthilfe Saar e.V.
Nauwieserstraße 19
66111 Saarbrücken

"Damals haben sich ganz brave Knäblein aus der Umgebung angemeldet, und nun haben zwei Meter große Typen eine Party unter Blaulicht gefeiert"
(Gabriel Mahren, hauptamtlicher Beigeordneter von B.90/Die Grünen über die Antifa-Saarlouis, SZ, 19.7.1997)

Antrag auf Förderung der INFOLADEN-GRUPPE Saarlouis mit 2.500 DM

Liebe Leute,

seit Oktober 1996 bis 14.7.1997 bestand in Saarlouis ein antifaschistischer Infoladen, untergebracht im "Selbstverwalteten

Alten Betriebshof KOMM". Getragen wurde er von der "Antifa Saarlouis", die Gruppe der "2 Meter großen Typen". Am Jahrestag der französischen Revolution, dem 14. Juli 1997, planten wir gemeinsam mit der "Antifa Heidelberg" eine Informationsveranstaltung über die "Jungen Nationaldemokraten" (JN). JN, das ist die Jugendorganisation der NPD, die seit dem Verbot und dem Zerfall rechtsradikaler Gruppen und Parteien, eine zentrale Samelfunktion für das gesamte rechtsradikale Spektrum wahrnimmt. Die Umstrukturierung der JN begann Anfang der neunziger Jahre. Seit dieser Zeit treten sie auch in Saarlouis häufiger in Erscheinung.

Für die geplante Informationsveranstaltung mit dem Titel "Das Nazi-Netzwerk macht weiter - Strukturen der JN" mieteten wir den großen Saal des KOMM an. Am 8.7.1997 wurde uns vom KOMM-Geschäftsführer, Michael Mansion, schriftlich im Namen des KOMM-Vorstandes die Räume fristlos gekündigt. Es sei, so der



KOMM-Vorstand "besonders ärgerlich, daß auch das Thema der städtischen Sozialarbeit mit Skins wieder aufgegriffen werden soll...". Die Jusos - Unterbezirk Saarlouis protestierten öffentlich und nannten dies eine Zensurmaßnahme. Die Veranstaltung über die JN, an der über 100 BesucherInnen teilnahmen, führten wir trotzdem durch, im Infoladen Saarlouis, der sich ebenfalls im KOMM befand. Befand.

Eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung fordert uns der Vorsitzende des KOMM, der grüne Landesvorsitzende Hubert Ulrich, in Begleitung von Polizeibeamten auf, die Veranstaltung wieder abzusagen. Wir lehnen dies ab. Daraufhin wurden postwendend auf Veranlassung von Hubert Ulrich die Türschlösser zur Toilettenanlage des KOMM ausgetauscht. Auch vorher war uns die Benutzung der Gemeinschaftstoilette des KOMM nur in Begleitung von Zivilbeamten der Polizei möglich; auch Frauen durften nur in Begleitung von männlichen Beamten zur Toilette gehen. Die Veranstaltung selber über die JN fand statt und verlief, außer daß der Raum völlig überfüllt war, reibungslos. Gegen 23.00 Uhr wurde eine Gruppe von BesucherInnen auf dem Heimweg von 15-20 Skinheads mit Baseballschlägern verfolgt und angegriffen. Nur durch das energische Eingreifen zur Hilfe gerufener AntifaschistInnen konnte Schlimmeres verhindert werden. Die Polizei nahm diesen Vorfall zum Anlaß, sofort den Infoladen zu stürmen und alle BesucherInnen, die noch dort waren, vorübergehend festzunehmen. Dabei wurden zahlreiche Einrichtungsgegenstände zerstört und unbrauchbar gemacht. Die Polizei nahm von allen Festgenommenen die Personalien auf, beschlagnahmte teilweise Führerscheine und Personalausweise. Einen Teil der Personalien von AntifaschistInnen - Name, Adresse, Wohnort - konnte auch der JN-Aktivist Alexander Feyen einsehen, der auf der Rücksitzbank eines Polizeiautos saß. Mindestens die Personalien von zwei AntifaschistInnen wurden von Polizeibeamten an ihn weitergegeben. Alexander

Feyen war nur einer von mehreren JN-AktivistInnen, bzw. JN-Kadern, die sich an dem Tag in Saarlouis befanden; zum Beispiel Irina Beikert aus dem Bundesvorstand der JN und Rodriguez Teufer aus dem Rhein-Nekar Raum.

Am Morgen des darauffolgenden Tages erhielten wir die fristlose Kündigung unserer Räumlichkeiten durch den Vorstand und die Geschäftsführung des "Selbstverwalteten Alten Betriebshofes KOMM". Erst wenige Wochen vorher hatten die Jungen Nationaldemokraten öffentlich gefordert: "Gegen den Mißbrauch des Komm als Sammelstelle und Agitationszentrum linksfaschistischer Gewaltäter". (SZ, 12./13. April 1997) Nun wurde ihre Forderung umgesetzt.

In Saarlouis hat sich seit Beginn der neunziger Jahre eine rechtsextreme Skinheadszone etabliert. Etabliert meint, daß sie relativ ungehindert städtische und kirchliche (evangelisch) Räume nutzen können. Die städtischen Räume stehen dabei unter der politischen Verantwortung des hauptamtlichen Beigeordneten Gabriel Mahren von Bündnis90/Die Grünen. Von Seiten des "Evangelischen Jugendwerkes an der Saar" gibt es unter dem Titel "Mobile Jugendarbeit" ein Projekt, in dem sich drei SozialarbeiterInnen unter anderem mit rechtsradikalen Skinheads beschäftigen. Das Ganze geht zurück auf den Bielefelder Soziologieprofessor Wilhelm Heitmeyer, der Rassismus im Wesentlichen als ein Phänomen bei Jugendlichen sieht. Wertewandel und Zerfall sozialer Bindungen sollen bei Jugendlichen zur Anfälligkeit für Rassismus führen. Diese Form der Sozialarbeit begreift rechtsradikale Jugendliche als Opfer und versucht, ihnen neue Werte zu vermitteln und sie persönlich zu stabilisieren. Dieser pädagogische Blickwinkel erlaubt es der Mitte der Gesellschaft, sich selber zu entlasten und Rassismus als Randgruppenproblem zu behandeln. Das politische Umfeld, in dem Rassismus entsteht, bleibt bewußt ausgeklammert.

Auffallend ist, daß seit Beginn dieses So-



zilarbeiterprojektes FaschistInnen immer häufiger in Saarlouis in Erscheinung treten. AntifaschistInnen und Menschen mit bunten Haaren werden als vogelfrei betrachtet und auf offener Straße tätlich angegriffen.

Uns sind

- durch die Kündigung der Veranstaltungsräume
- durch die fristlose Kündigung unserer angemieteten Räume sowie
- durch den Polizeieinsatz

nicht nur unsere Räume genommen worden, sondern auch erhebliche Kosten entstanden.

Der politische wie finanzielle Schaden ist im Wesentlichen durch das Verhalten von Bündnis90/Die Grünen entstanden. Die Hetze von Bündnis90/Die Grünen kommt beispielhaft in dem anfangs genannten Zitat über die "zwei Meter großen Typen" zum Ausdruck, das sicherlich auch eine psychologische Betrachtungsweise über Minderwertigkeitskomplexe, Sexismus u.ä. erlaubt, wobei wir uns hier jedoch auf das Politische beschränken wollen. Die Grünen verkaufen ihre Politik, indem sie Angst schüren und die Antifa Saarlouis als Feindbild aufbauen. Dies trägt mit dazu bei, die Rassismus-Diskussion zu entpolitisieren bzw. sie auf ein Phänomen bei Jugendlichen zu reduzieren. Die Mitte der Gesellschaft entlastet sich selber.

NETZWERK Selbsthilfe Saar e.V. bitten wir

1. um einen finanziellen Zuschuß in Höhe von 2.500 DM
2. sich öffentlich für die Rücknahme der Kündigung der Räume des antifaschistischen Infoladens im Saarlouiser KOMM oder sich für Ersatzräume einzusetzen und uns in diesem Bemühen aktiv auf Dauer zu unterstützen
3. sich öffentlich für die Unterstützung des selbstverwalteten Projektes INFOLADEN Saarlouis einzusetzen.
4. sich öffentlich gegen das de facto Verbot über die JN durch das

grüne KOMM auszusprechen

5. uns zu erklären, warum sich der Verein KOMM e.V. selbstverwaltet nennen darf.

6. sich öffentlich für den Ausschluß von Hubert Ulrich und Gabriel Mahren aus der Partei Bündnis90/Die Grünen einzusetzen.

Wir sind gerne bereit, auf einer Mitgliederversammlung ausführlich Rede und Antwort zu stehen.

Viele Grüße

sagen die 2 Meter großen Typen von der Infoladengruppe Saarlouis

Gremienvotum

Wir beschließen, daß wir dem Komm-Vorstand schreiben und sie um Stellungnahme bitten. Diese soll im Rundbrief veröffentlicht werden(s. unten). Insgesamt erscheinen uns die Vorgänge skandalös.

Wir schlagen einen Zuschuß in Höhe von 1.500 DM vor, um entstandene Schäden und Kosten abzudecken. Wenn der Infoladen neue Räume hat und Geld für Anschaffungen benötigt, würden wir sie auch mit mehr Geld unterstützen.

Netzwerkschreiben:

An
Selbstverwalteter Betriebshof
Saarlouis e.V.
Lisdorferstr. 19
66740 Saarlouis

Donnerstag, 4. September 1997

Sehr geehrte Damen und Herren,
lieber Vorstand,

wie ihr beigefügter Anlage entnehmen könnt, haben wir einen Antrag auf Unterstützung des Infoladens Saarlouis erhalten, in dem u.a. Vorwürfe über euer Ver-



halten enthalten sind.

Der Antragsteller hat gestern auf unserer Gremiensitzung die Vorwürfe näher ausgeführt. Diese Schilderung wirft für uns ein merkwürdiges Licht auf die Methoden des Vorstandes, eine politisch unerwünschte Veranstaltung zu unterbinden. U.a. ist uns nicht nachvollziehbar, mit welcher Intention Schlösser der Toilettenanlagen ausgetauscht wurden bzw. wer die Feuerwehr angewiesen hat, die Vereinsräume des Infoladens im Betriebshof durch Schweißarbeiten unzugänglich zu machen.

Wir halten dies für ernsthafte Anschuldigungen, zu denen wir euch Gelegenheit geben möchten, in unserem Rundbrief Stellung zu nehmen und eure Sicht der Vorgänge zu schildern. Da unser Rundbrief in Kürze fertiggestellt wird, bitten wir euch, uns die Stellungnahme bis zum 12.09. zukommen zu lassen.

Wir fänden es auch gut, wenn ihr als Netzwerkmitglied auf der nächsten Vollversammlung persönlich zu den Anschuldigungen Stellung bezieht. Vielleicht gelingt es uns so, Licht in diesen für uns bislang ausgesprochen dunklen Vorgang zu bringen.

Mit freundlichen Grüßen

Antje Blacha

Antwortschreiben:

An Netzwerk Saar e.V.

08.09.97

Verehrte Freunde vom Netzwerk,

besten dank für eure Anfrage vom 04.09.97 in Sachen Antifa und die Vorgänge im Alten Betriebshof (KOMM).

Ich übersende Euch in der Anlage sowohl unsere Presseerklärung zu den Vorgängen sowie einige Presseartikel aus der SZ.

Auf die in Antjes Schreiben geäußerten Fragen möchte ich jedoch noch gesondert eingehen.

1. Wir haben nicht eine Veranstaltung verboten, weil sie uns aus irgendwelchen Gründen unerwünscht schien, sondern weil sich der Vertragspartner nicht an die Vereinbarungen gehalten hat. Der Veranstaltungsraum im großen Gebäudekomplex war für eine Informationsveranstaltung der Antifa Saarlouis und nicht für die Antifa aus Heidelberg zugesagt worden.

Zudem kann die Antifa Saarlouis in einer öffentlichen Veranstaltung keine Dias irgendwelcher Leute zeigen, welche sie der Skin-Szene in Saarlouis zugehörig glaubt. Selbst wenn das faktisch richtig sein sollte, verletzt der Vorgang das Recht auf das persönliche Bild und ist strafbar.

2. Obwohl wir unter diesen Umständen die Nutzung des Veranstaltungsraumes untersagt hatten, versuchten Mitglieder der Antifa durch den Seiteneingang in das Gebäude einzudringen. Dies ist zugleich auch der Zugang für die Toiletten. Daß dies so geschah, wurde von der Polizei veranlaßt. Prinzipiell handelte es sich um versuchten Hausfriedensbruch!

3. Mir ist völlig neu, daß die Feuerwehr mit irgendwelchen Schweißarbeiten an den Vereinsräumen der Antifa betraut worden sein soll!? Ich selbst habe am darauf folgenden Tage das Schloß gewechselt und mich mit der Antifa terminlich auf eine Möglichkeit zum Ausräumen geeinigt, was dann auch geschah.

Für uns ist es interessant, daß die Antifa selbst ihr eigenes Verhalten in keiner Weise in Frage zu stellen bereit ist. Es gab ja bereits im Vorfeld dieser Eskalation diverse Probleme, in deren Zusammenhang sie z.B. behaupteten, die mobile soz. Jugendarbeit und das Skin-Projekt von Pfarfer Werbter lieferten der Skin-Szene eine logistische Basis.

Um solche Unterstellungen nicht einfach stehen zu lassen, hatte ich gemeinsam mit dem Vorstand einen runden Tisch mit den Beteiligten angeregt (Kirche, Jusos,



Grüne, Jugendarbeit u. evtl. auch die Polizei), der aber von der Antifa rundweg mit dem Hinweis auf ihr Selbstverständnis abgelehnt wurde.

Man kann das eigene Weltbild selbstverständlich so gestalten, daß es einen Ausschließlichkeitsanspruch erlangt. Ich füge deshalb hinzu, daß wir als Netzwerk-Mitglied, wenn irgend möglich, selbstverständlich gerne an der Vollversammlung teilnehmen. Wir lassen uns jedoch nicht von Leuten „zitieren“, die selbst jede Gesprächsbereitschaft vermissen lassen!

Ein Gewährenlassen in der ja nun bekannten Form hier am Alten Betriebshof, hätte in absehbarer Zeit zur Folge, daß - aus jeweils unterschiedlichen Gründen - nur noch zwei Gruppen die Anlage „nutzen“, nämlich die Antifa und die Skins.

Einer solchen Zerreißprobe können und werden wir uns nicht aussetzen!

Mit den besten Grüßen

Michael Mansion.

Antrag Familien- und Nachbarschaftszentrum Neunkirchen

Neunkirchen, den 23. 07. 1997

Antrag auf Gewährung eines zinslosen Darlehens

Liebe Netzwerkmitglieder,

in der Küche des Familien- und Nachbarschaftszentrums werden täglich ca. 100 Essen zubereitet. Zum größten Teil werden diese Essen an Kindertageseinrichtungen geliefert. Darüber hinaus ist in der Küche ein Beschäftigungsmodell für Sozialhilfeempfängerinnen nach § 19 BSHG angesiedelt. Der Ertrag aus der Küche geht als Eigenanteil in die Refinanzierung unserer Einrichtung ein.

In einer Kapazitätserweiterung der Küche sehen wir die Möglichkeit, durch Ausweitung unseres Essensangebots einen höheren Grad an Unabhängigkeit zu erlangen. Zum anderen sind es aber auch Auflagen seitens des Gesundheits- und des Gewerbeaufsichtsamtes, die einen Umbau notwendig machen.

Nach vorliegendem Kosten- und Investitionsplans sind für den Umbau und Neueinrichtung mindestens 140.000,— notwendig.

Durch Landkreis, Totomittel und Trägerverein werden ca. DM 60.000,- abgedeckt. Es bleiben DM 80.000,-, die über ein Darlehen aufgebracht werden müssen.

Wir bitten um ein zinsloses Darlehen in Höhe von 15.000,- DM.

Zur näheren Information über unsere Einrichtung füge ich den Jahresbericht 1995/96 bei.

Mit freundlichen Grüßen

Sieglinde Maroldt

Gremienvotum

Wir finden den Antrag unterstützenswert.

Wenn unsere Liquidität eine Förderung in Höhe von 15.000 DM zuläßt, wollen wir sie in dieser Höhe unterstützen.



Antrag Initiative Libertad!

Libertad!
c/o "3.Welt"-Haus, Westerbachstr.47/HH
60489 Frankfurt
Tel:069-97843444, Fax:069-97843445

Libertad! Kampagne für einen internationalen Kampftag

Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit

Antrag auf Zuschuß

Wir - die Gruppe basis, Saarbrücken - sind Mitglied in der Initiative "**Libertad! - Kampagne für die Freiheit der politischen Gefangenen weltweit!**", die beabsichtigt, vom 10. bis 14. Dezember 1997 eine internationale Konferenz durchzuführen. Das Treffen unter dem Motto "**Befriedung oder Befreiung - Perspektiven internationaler Solidarität für die Freiheit der politischen Gefangenen weltweit**" wird in Köln stattfinden.

Vorneweg etwas zu Libertad! und der Entwicklung hin zur Planung der Konferenz:

Libertad! entstand auf dem Kongreß gegen den Weltwirtschaftsgipfel 1992 in München. Zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern der MLN/Puerto Rico, NDF/Philippinen, FMLN/El Salvador und MLN-Tupamaros/Uruguay wurde Folgendes vereinbart: "Wir, die internationalen Organisationen, die sich in München getroffen haben, um am Kongreß '500 Jahre Kolonialismus und Widerstand' teilzunehmen, haben beschlossen, daß es notwendig ist, mit allen politischen, religiösen, humanitären, demokratischen und sozialen Organisationen einen Dialog zu initiieren, mit dem Ziel, den 'Internationalen Tag der politischen Gefangenen' festzulegen und die Freiheit derselben zu fordern. Wir haben die Hoffnung, daß dieser Dialog schnell und wirkungsvoll geführt wird, und daß wir kurzfristig zu definitiven Übereinkünften über diese Initiative kommen können."

nen."

Der Begriff des politischen Gefangenen ist problematisch. Er ist Definitionssache und abhängig von Interessen und Zielen. Für die einen schließt er Gefangene, die aus sozialer Not stehlen, aus; für die anderen schließt er gefangene Nazis und Kriegsverbrecher ein, während wieder andere die im Kampf eingesetzten Mittel zum Kriterium nehmen.

Wir verstehen uns mit unserer Initiative als Teil einer weltweiten Befreiungsbewegung. Die in ihren Kämpfen, Mobilisierungen und Aktionen gefangen genommenen Genossinnen und Genossen, die von den Machthabern in allen Ländern drangsalierten Menschen definieren unseren Begriff des politischen Gefangenen selbst: Es sind die Gefangenen aus Widerstands-, Befreiungs- und Basisprozessen in aller Welt, es sind die Gefangenen aus den Klassenkämpfen für die Abschaffung der Klassengesellschaft.

Der Initiativkreis Libertad!, der sich aus Vertretern und Vertreterinnen linker Gruppen bundesweit und aus Einzelpersonen zusammensetzt, beteiligte sich im Sommer 1996 am 'intergalaktischen' Treffen in Chiapas/Mexico, zu dem die FZLN eingeladen hatte (Netzwerk Saarbrücken und Bremen haben die Teilnahme finanziell unterstützt). Mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus acht Ländern vereinbarten wir einen vorläufigen gemeinsamen Kampftag für die politischen Gefangenen weltweit, den 10. Dezember 1997.

Wir wünschen uns für die Zukunft eine breite internationale Zusammenarbeit mit kontinuierlicher Diskussion und regelmäßigen gemeinsam koordinierten Aktionen. Um dies voranzutreiben, wird die internationale Konferenz geplant. Unter anderem sollen in Arbeitsgruppen verbindliche Vorschläge erarbeitet werden, wie eine inter-



nationale politische Struktur zur Umsetzung des Kampftages für die politischen Gefangenen weltweit aufgebaut werden kann.

Zur Durchführung der Konferenz wurde Ende Juli 1997 ein Organisationskomitee gegründet, um den Kreis der Beteiligten politisch und personell zu erweitern. In diesem befinden sich u.a. VertreterInnen der Infostelle Kurdistan Bonn, der Roten Hilfe Bundesvorstand, des Solidaritätskomitees Benjamin Ramos Vega Berlin, der Autonomen Antifa (M) Göttingen.

Wir werden Organisationen von allen Kontinenten nach folgenden Kriterien zur Teilnahme an der Konferenz einladen:

1. Organisationen, aus denen AktivistInnen inhaftiert sind
2. Organisationen, die in Solidarität mit politischen Gefangenen entstanden sind
3. Basisorganisationen, die sich solidarisch mit der Situation politischer Gefangener beschäftigen.

Zum genaueren Überblick fügen wir Euch das Programm der Konferenz bei, das sich, wenn, nur noch wenig ändern soll.

Bisher haben wir einen ersten, noch provisorischen Überblick der Finanzierung der Konferenz erstellt, der sich auf Schätzungen aufgrund von Erfahrungen stützt.

Kosten

I. Raumkosten

Die Konferenz findet entweder in der Alten Feuerwache in Köln oder auf der Universität in Köln statt. Welche Mieten hierfür zu zahlen sein werden, wissen wir noch nicht.

An Dekorations- und Ausstattungskosten (Bilder, Wandzeitungen, Plakatausstellung...) planen wir 500,00 DM ein.

II. Technische Anlagen

Wir brauchen eine Anlage zur Simultanübersetzung, deren Mietkosten und Kosten für den Betrieb durch Fachpersonal für vier Tage auf bis zu 10.000,00 DM geschätzt wird.

Lautsprecheranlagen, Dia-/Filmprojektoren, Beamer, Kopierer hoffen wir, aus vorhandenen eigenen Beständen bzw. über befreundete Organisationen beschaffen zu können.

III. Verwaltung

An Telefon-/Faxgebühren - auch zur Vorbereitung wie Einladungen und Presseinformationen - veranschlagen wir 2.500,00 DM.

Portokosten - die auch bereits in der Vorbereitungsphase anfallen - schätzen wir auf 1.000,00 DM (Einladungen internationaler Organisationen mit teilweise fortgeführtem Schriftverkehr, Einladungen deutscher Organisationen, Informationsbriefe an politische Gefangene...)

Die Kopierkosten, bei erwarteten 750 aktiven TeilnehmerInnen, schätzen wir ebenfalls auf 1.000,00 DM.

IV. VertreterInnen ausländischer Organisationen und ÜbersetzerInnen

Die Reisekosten werden mit den größten Betrag ausmachen, den wir zu bestreiten haben. Organisationen aus der sogenannten Dritten Welt verfügen in der Regel nicht über die finanziellen Mittel und Möglichkeiten, wie wir in Westeuropa. Uns ist daran gelegen, daß eine Teilnahme nicht aus finanziellen Gründen scheitert, so daß wir wahrscheinlich einen Teil der Reisekosten werden tragen müssen, wir gehen in unserer Schätzung von durchschnittlich 50% aus. Gehen wir von 20 teilnehmenden Organisationen aus dem Trikont aus, die insgesamt 35 VertreterInnen schicken, die Flugpreise differieren stark, durchschnittlich vielleicht 1.200,00 DM, das wären 42.000,00 DM, davon 50% = 21.000,00 DM.

Für Unterbringung, Verpflegung, Fahrtkosten vor Ort und Betreuung der VertreterInnen ausländischer Organisationen aus dem Trikont und den Metropolen - schätzungsweise 50 Personen - wären etwa weitere 16.000,00 DM einzuplanen (pro Person mindestens 80,00 DM pro Tag).

Wir hoffen, daß wir im Bekannten- und Freundeskreis genügend Simultanüber-



setzerInnen finden, die uns ihr Können kostenlos zur Verfügung stellen. Allerdings müssen wir hier zumindest die Reise-, Unterkunft- und Verpflegungskosten übernehmen. Gehen wir von fünf zu übersetzenden Sprachen aus, für jede Sprache mindestens vier ÜbersetzerInnen, so wären das allein an Unterkunft und Verpflegung nochmal 20 x 80,00 DM für vier Tage = 6.400,00 DM.

Somit wären wir bei einem Gesamtbetrag von 58.400,00 DM, der zugegebenermaßen auf groben Schätzungen beruht, der aber durchaus eine Annäherung an den zu erwartenden finanziellen Aufwand ermöglicht.

Einnahmen/

Finanzierungsmöglichkeiten

Libertad! besitzt derzeit ca. 5.000,00 DM Rücklagen für die Konferenz, die sich aus regelmäßigen Mitgliedsbeiträgen und internen Spenden zusammensetzen. Dieser Betrag wird sich bis zur Konferenz auf etwa 8.000,00 DM erhöhen (weitere zugesagte Spenden beteiligter Gruppen)

Zur kulturellen Veranstaltung während der Konferenz werden Eintrittsgelder verlangt. Die Musik- und Kulturgruppen treten umsonst auf. Wir rechnen mit mindestens 700 Gästen, was bei einem Eintrittsgeld von 10,00 DM pro Person 7.000,00 DM einbringt.

Weitere Einnahmen versprechen wir uns über Getränke- und Essenverkauf während dieser Veranstaltung, schätzungsweise 4.000,00 DM.

Drei öffentliche Veranstaltungen werden durchgeführt. Wir rechnen mit jeweils mindestens 400 BesucherInnen. Hier ist ein freiwilliges Eintrittsgeld in Höhe von 4,00 DM über den Verkauf von Buttons vorgesehen. Zahlt je die Hälfte der BesucherInnen Eintritt, wäre dies eine weitere Einnahme von 2.400,00 DM. Die Buttons erhalten wir als Spende.

An der Konferenz werden VertreterInnen international bekannter Organisationen teilnehmen. Wir können davon ausgehen, daß es an anderen Orten der BRD Inter-

esse geben wird, die Präsenz der ein oder anderen Organisation zu nutzen, um eigene Veranstaltungen durchzuführen. Wenn schätzungsweise 15 VertreterInnen von Organisationen aus dem Trikont Einladungen über die Konferenz hinaus erhalten, so würde sich etwa die Hälfte der Reisekosten, für die wir aufkommen sollen, wiederum zumindest halbieren lassen: 15 x 1.200,00 DM = 18.000,00 DM, davon die schätzungsweise 50%, für die wir aufkommen müssen = 9.000,00 DM, davon wiederum die Hälfte, die weitere veranstaltende Organisationen übernehmen = 4.500,00 DM.

Das wären bis hierhin erwartete Einnahmen über 25.900,00 DM.

Die im Organisationskomitee beteiligten Gruppen stellen/stellen in ihrer jeweiligen Region Anträge auf Unterstützung bei ASten und kirchlichen Organisationen.

Eine beteiligte Gruppe aus Berlin setzt sich mit der Stiftung Umverteilen in Verbindung, zu der sie bereits persönliche Kontakte unterhält. Über das Ergebnis werden wir frühestens in zwei Wochen informiert.

Weiter laufen Anträge bei PDS und beim Solifond der Grünen-Bundestagsfraktion.

Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V. bitten wir, die Anreisekosten von zwei Vertretern / Vertreterinnen von Organisationen aus dem Trikont und die Unterbringungs- und Verpflegungskosten während des Aufenthaltes in der BRD zu übernehmen, bzw. die Konferenz mit einem Zuschuß von 3.000,00 DM zu unterstützen.

Wir bitten Euch auch, den Antrag an Netzwerk-Initiativen bundesweit weiterzuleiten, in der Hoffnung, daß die ein oder andere Initiative die Kosten für eineN weitereN VertreterIn übernimmt.

Sobald wir über genauere Zahlen verfügen, werden wir eine konkretisierte Aufstellung nachreichen.

Für den Initiativkreis Libertad!

basis

2. September 1997



Gremienvotum

Der Antrag konnte noch nicht besprochen werden; deshalb wird das Votum mündlich vorgetragen

*Solarbüro, Dudweilerstraße 50,
66111 Saarbrücken*

Marie-Louise Innocent & Hannes Hahn GbR

Malwettbewerb

Wer? Wir betreiben gemeinsam das Solarbüro und vermitteln Phoenix-Solaranlagen. Vom Bund der Energieverbraucher GmbH erhalten wir als "Infopunkt" einen Zuschuß. Die GmbH ist zu 100 % Eigentum des gemeinnützigen BdE e.V., als dessen Regionalbüro wir ebenfalls fungieren.

Was? Wir sind überzeugte Vertreter solarer Energienutzung und können uns keine Zukunft vorstellen, die nicht eine gegenüber heute wesentlich größere Rolle der Solarenergie vorsähe. Um das Gespräch und das Nachdenken darüber zu fördern, haben wir als Bund der Energieverbraucher e.V. für alle saarländischen Schulen einen Malwettbewerb entworfen, Thema: Sonne — Wärme — Energie, und den Kultusminister als Schirmherrn dafür gewonnen.

Der Wettbewerb soll in große Ausstellungen überall in der Woche vor Weihnachten münden. Als Preise wollen wir Mini-Solaranlagen, je im Wert von DM 450, aussetzen und hoffen ausreichend Sponsoren einzuwerben, um jeder teilnehmenden Schule ein solches Modell für den Unterricht zur Verfügung zu stellen.

Warum? Wir können einen solchen Wettbewerb nicht allein finanzieren. Deshalb wenden wir uns

- an Gemeinden, Unternehmen, Ban-

ken, Behörden für Ausstellungsflächen und gegebenenfalls Unterstützung für Vernissagen, Feste usw. sowie Spende von Mini-Anlagen;

- an Saar-Toto GmbH mit dem Antrag auf Bezuschussung unserer Sachkosten,
- an die Heinrich-Böll-Stiftung wegen der Personalkosten,
- an Netzwerk Saar mit dem Antrag, uns zur Zwischenfinanzierung ein Darlehen von DM 5.000,- zu gewähren.

Folgende Kostenüberlegungen haben wir angestellt:

Personalkosten:	
1 Hilfskraft à DM 610 für 4 Monate	DM 3.000,-
Sachkosten:	
Porti	1.000,-
Drucksachen (Plakate), Papier etc.	750,-
10 Mini-Anlagen:	4.300,-
Telefon:	500,-
Reisekosten:	300,-
Summe	9.850,-

Marie-Louise Innocent Hannes Hahn

Gremienvotum

Der Antrag konnte noch nicht besprochen werden; deshalb wird das Votum mündlich vorgetragen.



Antrag Solidaritätsverein der Völker

Alte Feuerwache/Landwehrplatz
66111 Saarbrücken
0681/36539

An die Vollversammlung des Netzwerks
Saar e.V.

Antrag an die Vollversammlung des Netzwerks Saar e.V. zur Gewährung eines Zuschusses über DM 2000 zur Anschaffung eines PCs für unseren Verein

Wir beantragen einen Zuschuß von DM 2000,- für die Anschaffung eines Computers einschließlich einem Drucker. Wir benötigen den Computer für die anfallenden Verwaltungsarbeiten sowie die Erstellung von Mitgliederrundschreiben, Informationsblättern und Plakaten.

Der Solidaritätsverein der Völker hat seit März dieses Jahres einen Raum in der Alten Feuerwache. Im Verein sind in erster Linie türkische und kurdische Menschen organisiert. Der Verein hat sich zum Ziel gesetzt, solidarische Beziehungen zu den Menschen anderer Völker aufzubauen und mit ihnen gemeinsam für demokratische Rechte der Menschen überall einzustehen.

Er will weiterhin über die politischen Verhältnisse in der Türkei Öffentlichkeit schaffen und gegen die dort täglich stattfindenden Menschenrechtsverletzungen, Folterungen und Morde von staatlicher Seite aktiv werden.

Zur Zeit beteiligt sich der Verein in diesem Zusammenhang an einer allmonatlichen Protestversammlung in Saarbrücken vor der Saargalerie. An jedem letzten Samstag im Monat findet dort in Solidarität mit den Samstagsmüttern in der Türkei eine Kundgebung statt. Die Samstagsmütter treffen sich jeden Samstag an einem öf-

fentlichen Platz in Istanbul, um auf ihre verschwundengelassenen Angehörigen aufmerksam zu machen und versuchen damit, von den Verantwortlichen auf Seiten des türkischen Staats Rechenschaft über den Verbleib der Verschwundenen zu bekommen.

Zur Zeit ist der Solidaritätsverein der Völker in der Alten Feuerwache täglich von 12 - 20 Uhr geöffnet. Vor allem am Wochenende bekommen wir zahlreichen Besuch vorallem auch von Flüchtlingen. Wir haben in unserem Raum eine Teestube und bieten ein Essen an. Außerdem organisieren wir kulturelle Zusammenkünfte und einen Tanzkurs.

Die Kosten wie Miete, Telefon und Finanzierung der Einrichtung haben wir bis jetzt mit privaten Mitteln und Spenden bestritten.

Da die Anschaffung eines PCs jedoch mit einer größeren Summe verbunden ist, wenden wir uns jetzt mit diesem Antrag an das Netzwerk Saar e.V. und bitten um die Gewährung eines Zuschusses.

Mit freundlichen Grüßen

Gremienvotum

Der Antrag konnte noch nicht besprochen werden; deshalb wird das Votum mündlich vorgetragen.



Protokoll der Vollversammlung am 23. April 1997 im Kultur- und Werkhof Nauwieser Straße 19, Saarbrücken

Versammlungsleitung: Svenja Becker
Protokoll: Reinhold Kirch

TOP 1: Vortrag von Manfred Geiger zu Verarmungsrisiken und Sozialpolitik, mit anschließender Diskussion

Manfred Geiger, Netzwerkmitglied und Soziologe am Institut für Sozialforschung in Saarbrücken, hatte im letzten Rundbrief seine Thesen schon dargestellt und trug sie in erweiterter Fassung auf der Vollversammlung vor.

Die Einschätzung Manfreds bezüglich der Zunahme von Verarmungsrisiken bei gleichzeitigem Abbau des Sozialstaats wurde sicherlich von der Mehrzahl der VV-Teilnehmern geteilt. Die anschließende Diskussion aber, die ziemlich sprunghaft verlief, konnte anstehende Fragen bzgl. der Ideologie der Globalisierungsdebatte oder nach der zukünftigen Verteilung der Arbeit, Entwicklung von "konkreten" Utopien, nur anreißen.

Immerhin wurde deutlich, daß an diesem Thema einige Gruppen (zwar isoliert, aber immerhin) diskutieren und arbeiten, und vielleicht einige ihrer Ergebnisse und Erkenntnisse auf einer zukünftigen VV vorstellen können.

TOP 2: Entlastung des Vorstands

Vorbehaltlich des Ergebnisses der Kassenprüfung wurde der alte Vorstand auf Antrag bei vier Enthaltungen und keiner Gegenstimme entlastet.

TOP 3: Wahlen

- Wahl der Kassenprüferinnen
Einstimmig wurden Antonia Schneider-Kerle und Svenja Becker als Kassenprüferinnen gewählt.

- Wahl des Vorstands:

Bei zwei Enthaltungen wurde der alte Vorstand wieder komplett und en bloc gewählt. Ihm gehören an: Anette Mantwill, Illi Reusch, Barbara Tödtte, Olaf Fehlhaber und Reinhold Kirch.

- Wahl des Beirates:

Der Beirat wurde mit Antje Blacha, Rolf Laueremann, Axel Burmeister, Antonia Schneider-Kerle, Svenja Becker und Hannes Hahn einstimmig ebenfalls en bloc gewählt.

TOP 4: Anträge:

- Der Antrag von Mutter Erde über ein zinsloses Darlehen in Höhe von 10.000,00 DM wurde bei drei Enthaltungen entsprechend dem Gremienvotum angenommen. Es wurde eine Tilgung ab Februar 1998 mit einer monatlichen Rückzahlung von 250,00 DM vereinbart.
- Der Antrag der antifaschistischen Nachrichten wurde aufgrund interner Gruppenprozesse vorerst zurückgestellt und soll eventuell später neu beantragt werden.
- Der Antrag des Koordinationskreises gegen Castor über einen Zuschuß in Höhe von 500,00 DM wurde einstimmig angenommen, nachdem die Netzwerkmitgliedschaft positiv beantwortet werden konnte.



Wer sich für NETZWERK interessiert, kann mit dem unten folgenden Abschnitt oder telefonisch weitere Informationen anfordern.

Oder auch einfach mal vorbeikommen!

NETZWERK Saar
im Kultur- und Werkhof
Nauwieserstr. 19
66111 Saarbrücken
FON: 0681 / 37 15 02
FAX: 0681 / 37 60 12

Öffnungszeiten:

Mo-Fr 10.00 bis 12.00 Uhr, 14.00 bis 17.00 Uhr

- Ich möchte weitere Informationen von NETZWERK
- Ich bin an einer aktiven Mitarbeit interessiert
- Ich möchte NETZWERK-Mitglied werden. Meinen monatlichen Beitrag von DM (Mindestbeitrag 5 DM) kann NETZWERK von meinem Konto abbuchen:

Name: _____

Anschrift: _____

Bank: _____

Kontonummer: _____

BLZ: _____

Ort, Datum, Unterschrift: